

Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger/Bettina Stüssi, SP): Was unternimmt die Stadt Bern um ihren Schulabgänger*innen eine Perspektive zu schaffen?

Das Staatssekretariat für Wirtschaft seco prognostiziert aufgrund der Covid-19-Krise eine starke Rezession. Der Produktionsausfall beträgt aktuell durchschnittlich 25 Prozent. Gemäss ersten Prognosen des seco resultiert ein Rückgang des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 7,1 oder gar 10,4 Prozent. Über 2 Mio. Menschen sind zurzeit von Kurzarbeit betroffen. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Vergleich zum letzten Jahr um 43 Prozent erhöht. Die wirtschaftliche Situation hat auch unmittelbare Auswirkungen auf den Lehrstellenmarkt. Zudem ist mit einem Anwachsen der Jugendarbeitslosigkeit zu rechnen, weil junge Arbeitnehmende erfahrungsgemäss zuerst von Entlassungen betroffen sind.

Aktuell sehen sich Jugendliche, welche im Sommer 2020 eine Lehre aufnehmen wollten, zudem vermehrt mit der Situation konfrontiert, dass die provisorische Zusage für die Lehrstelle vom Arbeitgeber kurzfristig zurückgezogen und der Lehrvertrag nicht ausgestellt wird. Knapp zwei Monate vor Schulschluss stehen diese Jugendliche ohne jegliche Anschlussmöglichkeiten und Perspektiven da.

Der Gemeinderat wird eingeladen, unter Einbezug der massgeblichen Direktionen die folgenden Fragen zu beantworten und dem Stadtrat entsprechend Bericht zu erstatten:

1. Hat die Stadt Bern konkrete Zahlen darüber, wie viele Schulabgänger*innen aufgrund der Covid-19-Krise im Sommer 2020 keine Anschlusslösung haben?
2. Sind die Lehrpersonen der Stadt Bern auf diese Situation vorbereitet und sieht die Stadt Bern für diese Jugendlichen ein rasch verfügbares, zusätzliches Beratungsangebot vor?
3. Kann die Stadt Bern ihr eigenes Lehrstellenangebot kurzfristig für den Sommer 2020 erhöhen?
4. Sieht die Stadt Bern Möglichkeiten, Lehrstellenanbieter darin zu unterstützen, die bereits in Aussicht gestellten Lehrstellen auch tatsächlich zu vergeben, allenfalls kurzfristig weitere Lehrstellen zu schaffen sowie Lehrabgänger*innen im Lehrbetrieb weiter zu beschäftigen?
5. Welche Massnahmen sieht die Stadt Bern vor, um der für und über die akute Covid-19-Krise hinaus fortdauernde Problematik der befürchteten massiven Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen?
6. Gibt es eine Möglichkeit, bei öffentlichen Vergaben, Unternehmungen, die Lehrstellen anbieten, noch stärker zu berücksichtigen?

Begründung der Dringlichkeit

Das Schuljahr endet am 3. Juli 2020. Durch die Covid-19-Krise fehlt gewissen Jugendlichen nach der obligatorischen Schulzeit eine Anschlusslösung. Und damit eine Zukunftsperspektive. Darum ist wichtig, die angefragten Informationen möglichst rasch zu erhalten.

Bern, 14. Mai 2020

Erstunterzeichnende: Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi

Mitunterzeichnende: Patrizia Mordini, Rafael Egloff, Szabolcs Mihalyi, Esther Muntwyler, Marieke Kruit, Katharina Altas, Nadja Kehrli-Feldmann, Ueli Fuchs, Ayse Turgul, Ingrid Kissling-Näf, Edith Siegenthaler, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Elisabeth Arnold, Mohamed Abdirahim, Yasemin Cevik, Peter Marbet, Timur Akçasayar

Antwort des Gemeinderats

Die Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Krise haben zweifellos einen negativen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation in der Schweiz. Der Lehrstellenmarkt und somit Schulaustretende, die eine Lehrstelle suchen, scheinen davon aber nicht gross betroffen zu sein. Zahlen, die die Berufsberatungs- und Informationszentren (BIZ) jährlich erheben und die gewisse Aussagen über die Situation zulassen, zeigen auf, dass 97 % der Berner Schulaustretenden über eine Anschlusslösung verfügen. Zudem sind noch über 1 000 Lehrstellen im deutschsprachigen Kantonsteil nicht besetzt.

Für Schulaustretende, die noch auf Lehrstellensuche sind, besteht ein breites Angebot an Unterstützungsmassnahmen. Zudem wurde vom Kanton entschieden, dass Lehrverträge bis Oktober 2020 abgeschlossen werden können. Schulaustretende, die noch keine Anschlusslösung haben oder sich in einem Brückenangebot befinden, haben dadurch die Möglichkeit, ihre Lehrstellensuche bis im Herbst auszudehnen.

Die Stadt Bern verfügt bereits über zahlreiche Ausbildungsplätze. Aufgrund der aktuellen Lage sieht sie keine Dringlichkeit gegeben, das Lehrstellenangebot zu erhöhen. Sollte sich die Lage verschärfen, wäre eine Erhöhung des Lehrstellenangebots auf Sommer 2021 zu prüfen. Eine Erhöhung auf Sommer 2020 ist aufgrund der Kurzfristigkeit nicht realistisch.

In der Bernischen Beschaffungsverordnung ist die Frage nach Ausbildungsplätzen bei den Zuschlagskriterien nicht vorgesehen. Der Gemeinderat der Stadt Bern hat deshalb beschlossen, dass bei Einladungsverfahren vor allem Firmen einzuladen sind, die sich in der Ausbildung Lernender besonders auszeichnen.

Zu den einzelnen Fragen:

Zu Frage 1:

Die Stadt Bern verfügt über keine konkreten Zahlen, die genau abbilden, wie viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger aufgrund der Covid-19-Krise im Sommer 2020 keine Anschlusslösung haben. Jedoch lassen die Zahlen, die die BIZ jährlich über Schulaustretende erheben, gewisse Aussagen zu. So verfügen 97 % der Berner Schulaustretenden über eine Anschlusslösung. 79 % treten direkt in eine berufliche Grundbildung oder in eine Mittelschule ein. 17 % haben eine Zwischenlösung, sei dies ein berufsvorbereitendes Jahr, eine Vorlehre, ein Brückenangebot oder ein Praktikum. Nur 3 % der Schulaustretenden verfügen über keine Anschlusslösung; 2 % sind noch auf Lehrstellensuche, 1 % ist noch unentschlossen. Die Zahlen der Schulaustretendenbefragung zu ihren Anschlusslösungen sind über die Jahre hinweg sehr stabil. Es lässt sich auch in diesem Jahr keine ausschlaggebende Differenz zu den Vorjahren, die auf die Covid-19-Krise zurückzuführen wäre, erkennen.

Zu Frage 2:

Gemäss einer Kurzumfrage bei der Konferenz der Schulleitungen (KSL) der Stadt Bern haben die Schulleitenden keine Kenntnisse über spezifische Probleme im Prozess der beruflichen Orientierung, die auf die Covid-19-Krise zurückzuführen sind. So sind ihnen zum Beispiel auch keine Fälle bekannt, bei denen Zusagen für eine Lehrstelle aufgrund der Covid-19-Krise zurückgezogen wurden.

Lehrpersonen führten Ihren Unterricht im Fachbereich «berufliche Orientierung» wie in den Vorjahren gemäss Lehrplan 21 ohne zusätzliche Massnahmen durch. Dem hinzuzufügen gilt es, dass im deutschsprachigen Kantonsteil der Prozess der beruflichen Orientierung von Schulaustretenden in den allermeisten Fällen weit vor dem Auftreten der Covid-19-Krise abgeschlossen war.

Zu Frage 3:

Die Stadt Bern hat in den letzten Jahren ihr Lehrstellenangebot kontinuierlich ausgebaut. Dies auch im Hinblick auf die steigenden Schulabgehenden in den kommenden Jahren. Aktuell werden rund 245 Ausbildungsplätze in über 20 verschiedenen Berufen angeboten.

Der Lehrstellenmarkt wird unter Berücksichtigung weiterer Stellen (Bund, Kanton, etc.) laufend beobachtet. Gemäss Informationen des Bundes ist die Lage auf dem Lehrstellenmarkt aktuell ruhig. Per Ende April sind in der Deutschschweiz beinahe exakt gleich viele Lehrverträge abgeschlossen worden wie zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Zusätzlich hat der Bund ein Massnahmenpaket zur Unterstützung verabschiedet. Sollte sich die Situation auf dem Lehrstellenmarkt in den nächsten Monaten verschärfen, kann die Stadt Bern prüfen, in einzelnen Lehrberufen ihr Lehrstellenangebot per Sommer 2021 zu erhöhen. Dazu bräuchte es aber finanzielle Mittel und personelle Ressourcen, damit die Qualität der Ausbildung weiterhin hoch gehalten wird. Per Sommer 2020 ist eine Erhöhung des Lehrstellenangebots aufgrund der Kurzfristigkeit wenig realistisch.

Zu Frage 4:

Aufgrund der Gegebenheit, dass 97 % der Berner Schulaustretenden eine Anschlusslösung haben, und man davon ausgeht, dass die Covid-19-Krise kaum einen Einfluss auf die Lehrstellensuche hat, sieht die Stadt Bern keine Dringlichkeit gegeben, besondere Unterstützungsmassnahmen für Lehrstellenanbieter anzubieten.

Zudem besteht gemäss BIZ (Stand Ende Juni) im deutschsprachigen Kantonsteil mit rund 1 150 offenen Lehrstellen ein breites Angebot, auf das Jugendliche und junge Erwachsene zurückgreifen können. Um die Vermittlung zwischen Lehrbetrieben, die noch Lehrstellen für 2020 zu vergeben haben, und Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die noch auf Lehrstellensuche sind, zu unterstützen, führen das Mittel- und Berufsbildungsamt und die BIZ zusammen mit dem Lehrstellennetz zwei Last-Minute-Börsen Ende August 2020 durch. Die Stadt Bern verweist in den Legislaturrichtlinien 2017 – 2020 mit Legislaturziel 2 auf die Kooperation mit dem Lehrstellennetz Künz (Verein zur Unterstützung des Berufswahlprozesses) hin. In Zusammenarbeit werden Jugendliche mit entsprechendem Bedarf bei ihrer Berufswahl gefördert.

Zu Frage 5:

Die Stadt Bern führt im Auftrag des Kantons Motivationssemester durch. Jugendliche und junge Erwachsene erhalten dabei Unterstützung in der Entwicklung einer realistischen Berufsperspektive, bei der Schliessung von Bildungslücken und beim Erwerb von praktischen Fähigkeiten. Sie werden individuell gefördert und bei der Suche nach einer Lehrstelle begleitet.

Zudem verfügt der Kanton über ausreichende Massnahmen, um allfällige Covid-19 Folgen für Lehrstellensuchende abzufedern. So hat er unter anderem entschieden, dass Lehrverträge bis Oktober 2020 abgeschlossen werden können. Zusätzlich bauten die BIZ per Sommer 2020 ihr Angebot «Support+» für Jugendliche mit zusätzlichem Coachingbedarf aus. Während des Fernunterrichts arbeiteten die BIZ eng mit den Schulen zusammen und unterstützten Eltern und Schülerinnen und Schüler unter anderem mit Telefonberatungen, Live Chat, Informationsvideos und Merkblättern. Weiter erhalten die Jugendlichen der Berufsvorbereitenden Schuljahre im Rahmen des geplanten Projekts «Meet your Future» die Möglichkeit, während der ersten zwei Schulwochen direkt mit Unternehmen in Kontakt zu treten und gegebenenfalls doch noch eine Lehrstelle anzutreten.

Zu Frage 6:

Gemäss Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (VöB) sind schon heute besondere Leistungen zu Gunsten der Berufsbildung als Eignungskriterium

vorgesehen. In der Praxis hat dies bei offenen Verfahren aber leider kaum Auswirkungen. Eine sonst gut qualifizierte Anbieterin oder ein gut qualifizierter Anbieter, die oder der alle festgelegten Eignungskriterien erfüllt, kann aus wettbewerbpolitischen Gründen nicht von einem Verfahren ausgeschlossen werden, nur weil sie oder er keine Ausbildungsplätze im Betrieb anbietet.

Eine grössere Bedeutung hat die Frage der Ausbildungsplätze, wenn diese bei den Zuschlagskriterien mitberücksichtigt werden könnte. Anders als zum Beispiel im Kanton Zürich ist dies in der Bernischen Beschaffungsverordnung heute aber nicht vorgesehen. Der Gemeinderat hat deshalb mit GRB Nr. 0480 vom 26. März 2008 beschlossen, dass bei Einladungsverfahren primär Firmen einzuladen sind, die sich durch besondere Massnahmen zur Förderung der Ausbildung Lernender ausgezeichnet haben. Die entsprechenden Firmeninformationen pflegt die Fachstelle Beschaffungswesen im Anbieterverzeichnis Submiss. Sämtliche Submittentenlisten werden durch die Fachstelle Beschaffungswesen auf den Lernendenfaktor hin geprüft.

Gemäss der neuen interkantonalen Vereinbarung, welche voraussichtlich im Kanton Bern nächstes Jahr eingeführt wird, wird es möglich sein, die Lehrlingsbildung im Zuschlag zu berücksichtigen, solange es sich nicht um Ausschreibungen im Staatsvertragsbereich handelt.

Bern, 12. August 2020

Der Gemeinderat